



il und rechts oben Nunningen.

Bild: Nicole Nars-Zimmer (30. Januar 2020)

Gemeinderatswahlen im Baselbiet: Der Endspurt hat begonnen

Während ein paar Dörfer noch Bewerber suchen, gibt es vielerorts Kampfwahlen.

Von den 86 Baselbieter Kommunen ringen eine Woche vor den Gemeinderatswahlen der Gemeinden noch immer um eine genügende Zahl Kandidaturen. Durch kurzfristige Bewerbungen haben sich die Reihen in den vergangenen Tagen jedoch verdichtet. Unter anderem in Hersberg, der Neue Pascal Wiget zusammen mit Gemeinderatspräsidentin Iris Allentag, Bachmann und Gemeinderat Peter Reimann in die dreiköpfige Besetzung gewählt werden möchte.

Hersberg hatte in den letzten Jahren viel Mühe, Interessierte für seine Exekutive zu gewinnen. Hart traf es die Gemeinde 2008, als ihr der Kanton die Selbstverwaltung entzog und alt Regierungsrat Erich Straumann für gut ein Jahr als Statthalter einsetzte. Einzigartig in der inzwischen 187-jährigen Geschichte des Kantons Baselland.

Vor allem kleine Dörfer mit weniger als 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern müssen sich bezüglich Gemeinderatskandidaturen nach der Decke strecken. Ausnahmen bilden diesmal Grelgen und Schönenbuch mit knapp 1900 Einwohnerinnen und gut 1400 Bewohnern. In bei-

den Orten fehlt noch je eine Kandidatur, damit die Wahl ihrer vollständigen Exekutiven am 9. Februar möglich ist.

Auch fünf Gemeinden des Bezirks Sissach hoffen noch auf neue Namen: Oltingen, Rothenfluh, Tecknau und Zeglingen fehlen für ihre fünfköpfigen Räte je eine Person, trister präsentiert sich die Lage in Nussdorf. In der 260-Seelen-Gemeinde stellt sich von den drei amtierenden Gemeinderatsmitgliedern nur Vizepräsident Niklaus Lang wiederum der Wahl (die bz berichtete). Neue Kandidaturen? Fehlanzeige. Eptingen und Ramlingen suchen ebenfalls nach weiteren Bewerbern.

Bisherige Gemeinderäte bangen um ihre Mandate

69 Ortschaften können den bevorstehenden Gemeinderatswahlen gelassen entgegensehen. Allein in 18 Kommunen stellen sich alle Bisherigen erneut zur Verfügung und dürften mangels zusätzlicher Kandidaturen wiedergewählt werden. 35 Gemeinden halten Kampfwahlen ab. In Binzingen, Birsfelden, Diegten, Frenkendorf, Muttenz, Seltisberg und Sissach treten sämtliche aktu-

ellen Exekutivmitglieder erneut an, sehen sich aber mit neuen Bewerbungen konfrontiert. Gut möglich, dass der eine oder die andere Bisherige über die Klinge springen muss.

Im Laufental sind im Bezirkshauptort sowie in Röschenz und Zwingen regelrechte Kandidatenschwemmen zu verzeichnen. Die drei Kommunen wählen ihre siebenköpfigen Gremien im Proporzverfahren. Laufen und Röschenz registrieren je 19 Kandidaturen, Zwingen wartet mit deren 17 auf. Aesch und Allschwil mit je elf sowie Münchenstein und Therwil mit je zehn Bewerbungen haben für jeweils sieben Mandate auch eine komfortable Auswahl. In 16 Gemeinden stellen sich gleich viele Leute der Wahl, wie Sitze zu vergeben sind.

Dittingen, Füllinsdorf, Liesberg, Nenzlingen, Niederdorf, Tenniken und Waldenburg haben ihre Behörden bereits in stiller Wahl bestimmt. Die Lausener Gemeindekommission hat die stille Wahl des Gemeinderats erst im zweiten Anlauf durchgewinkt, deren Erhaltung steht aber noch aus.

Simon Tschopp

«Verwaltungen fehlt es an Fachpersonal»

Gemeindeberater Adrian Stocker plädiert für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Dörfern.

Dimitri Hofer

Es gibt kaum jemanden, der sich im Raum Basel besser mit den Problemen von Gemeinden auskennt. Adrian Stocker ist in der Region als selbständiger Gemeindeberater tätig. Zuvor arbeitete er während mehr als zwei Jahrzehnten in unterschiedlicher Funktion im öffentlichen Dienst.

Sie kommen in Kontakt mit den verschiedensten Gemeinden. Mit welchen Schwierigkeiten haben alle Verwaltungen zu kämpfen?

Adrian Stocker: Allgemein habe ich festgestellt, dass der Druck überall steigt. Die Komplexität der Aufgabengebiete hat zugenommen. Die Qualitätsansprüche des Kantons und der Einwohner sind grösser geworden. Hinzu kommt, dass es den Verwaltungen, egal ob gross oder klein, oftmals an Fachpersonal fehlt.

Wieso gestaltet sich die Rekrutierung von Kaderleuten schwierig für viele Gemeinden?

Viele Babyboomer, die lange auf einer Gemeinde tätig waren, erreichen das Pensionsalter und hinterlassen Lücken. Der Pool an Personen, die auf einer Verwaltung arbeiten möchten, ist klein. Vielfach spannen sich die Gemeinden untereinander die Mitarbeiter aus. Verlierer sind dabei häufig kleine Gemeinden, die ihre Angestellten an grössere Gemeinden verlieren.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Arbeit auf einer Gemeindeverwaltung attraktiver zu gestalten?

Wichtig ist es, die Vielseitigkeit der Tätigkeit auf einer Gemeindeverwaltung noch stärker hervorzuheben. Man arbeitet in einem einzigartigen Umfeld. Es kann aber auch helfen, den Lohn der Verwaltungsangestellten der Privatwirtschaft anzupassen.

Immer häufiger kommt es auf Verwaltungsebene zur Zusammenarbeit zwischen Gemeinden. Aktuell zwischen Metzerlen-Maria Stein und Rodersdorf, wo Sie beratend tätig sind. Welches sind die Vorteile solcher Kooperationen?

Oftmals arbeiten kleinere Gemeinden bereits in vielen Bereichen zusammen. Ich denke etwa an Feuerwehrverbände, Sozialhilfeorganisationen und Schulen. Die Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene ermöglicht eine stärkere Professionalisierung und eine Verlagerung von Aufgaben, die bisher von Milizen übernommen wurden, auf die Verwaltung. So können Kommissionen und Gemeinderäte entlastet werden.



Adrian Stocker berät mit seinem Unternehmen Gemeinden. Bild: zvg

Sehen Sie in einer solchen Verschiebung der Aufgaben ein Zukunftsmodell?

Ja, auf jeden Fall. Gerade in Gemeinden, in denen Parteipolitik eine grosse Rolle spielt, kann man durch dieses Modell versuchen, Sachpolitik zu betreiben. Das Amt des Gemeinderats gewinnt auf diese Weise wieder an Attraktivität, da die Aufgaben abnehmen. Man muss, um es überspitzt zu sagen, nach einem langen Tag im Geschäft als Gemeinderat nicht mehr selber einen Brief für die Gemeinde aufsetzen.

Sie deuten es an: Vielerorts fällt es Gemeinden schwer, Personen zu finden, die sich in einem Gemeinderat engagieren möchten. Wie könnte man diesem Mangel sonst noch entgegenwirken?

Die Gründe für das Desinteresse an der Gemeindepolitik sind vielfältig: Die Menschen sind immer stärker im Beruf gefordert, es gibt unzählige Freizeitangebote, und die Wertschätzung für Gemeindepolitik ist gesunken. Vom Lohn reden wir gar nicht erst. Einige Gemeinden versuchen, Anreize zu schaffen, indem sie das Gehalt der Gemeinderäte erhöhen. Ich denke aber vor allem, dass es viel interessanter wird, ein Gemeinderatsamt zu bekleiden, wenn die Miliz weitgehend strategisch, und nicht mehr operativ, tätig ist. Wenn einem eine starke Verwaltung zur Seite steht, steigt die Attraktivität, sich als Gemeinderat zu engagieren, da man sich nicht mit unwesentlichen Alltagsproblemen beschäftigen muss.